



Propagandistin

Zeitung der Abteilung 16 Grünes Dreieck

AUSGABE NR. 14 | MAI 2014

EUROPA

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

PRO/CONTRA

Das Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens

AUS DEM KIEZ

Mit der Straßenbahn durch den Kiez.
Interview mit Horst Peters

SPD

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

Ihr haltet die neue Ausgabe der Propagandistin in den Händen, eine Ausgabe mit vielen bunten und abwechslungsreichen Artikeln.

Besonders hervorheben kann man in dieser Ausgabe einerseits den starken Kiezbezug unserer Zeitung und unserer Abteilung, der in vielen Artikeln deutlich wird. So berichtet Matthias aus dem Quartiersrat, Julian schreibt über das Müllerstraßenfest und Horst erzählt in einem Interview von der bewegten Vergangenheit des Kiezes und Berlins.

Andererseits haben wir in dieser Ausgabe einen Fokus auf Betrachtungen und Artikel zum Thema Europa und Europäische Union. Klaus schreibt fundiert über das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA und Aline über die Freizügigkeit in Europa.

Aber auch Berichte aus der Abteilung selbst sind einige drin, unter anderem ein Wahlbericht (es waren ja unlängst Abteilungswahlen), Fotos vom Fest im Sprengelpark und der Plakatierung unserer Kieze.

Hinzu kommen alt- und neubewährte Formate wie die Rezension von Susanne und die Pro-Contra-Debatte zum Grundeinkommen von Bettina und Andreas.

Viel Spaß beim Lesen dieser Zeitschrift und ein ganz großes Dankeschön an alle, die sich die Zeit genommen haben, etwas zu schreiben und diese Zeitung so erst möglich gemacht haben!

Mit solidarischen Grüßen,

Nikolaus und Bettina

INHALT

AUS DEM KIEZ, DER BVV-FRAKTION UND DER ABTEILUNG

Eine Ära geht zu Ende: zur Zukunft des Quartiersrates	4
Zur Lage der aus Afrika stammenden Frauen in Deutschland	4
Neues aus den Kiezen	5
Müllerstraßenfest – lieber oft statt gut?	6
Keine Abschaffung von Altglas-Behältern in Wohngebieten in Berlin-Mitte	7
Virchow e. V. im »Grünen Dreieck«	8
Elektromobilität in Berlin-Mitte – Projekt »eMobility in Mitte«	9
Bericht zum Antrag »Abschaffung der Kirchensteuer«	10
08. März – Internationaler Frauentag: Was bewegt Frauen in Berlin-Mitte kommunalpolitisch?	11
Neues aus der 16. Abteilung	13

EUROPA

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)	15
Zurück zu den Schlagbäumen in Europa?	16

INTERVIEW

Per Straßenbahn durch den Sprengelkiez. Interview mit Horst Peters	17
--	----

PRO/CONTRA

Pro: »Das Bedingungslose Grundeinkommen als emanzipatorisches Projekt«	18
Contra: »Geldregen mit der Gießkanne – Das »bedingungslose Grundeinkommen« ist unsozial.«	19

REZENSION

Comiczension – »Willy Brandt« von Ingrid Sabisch und Heiner Lünstedt	20
--	----

AUS DER 16.

Fotografische Eindrücke aus dem Kiez	21
Das Fest im Sprengelpark	23

DAS POLITISCHE LIED

	22
--	----

EINE ÄRA GEHT ZU ENDE

VON MATTHIAS SPEIDEL

Das Wichtigste zuerst: Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sind die folgenden Zeilen geschrieben, denn: Die Zeit des Quartiersrats geht zu Ende.

Ein Gutachten des von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragten Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) hat 13 Berliner QM-Gebiete evaluiert, darunter befand sich auch das Gebiet um den Sparrplatz. Die neuen Gebietsdaten zeigen deutliche Verbesserungen, seitdem die ersten Erhebungen 1999/2000 stattgefunden haben. Wie das Gutachten nun resümiert, seien die Daten so gut, dass das QM-Gebiet Sparrplatz als »verstetigungsreif« gilt.

Für den Sprengelkiez heißt das konkret: Bis Ende 2016 wird das QM-Verfahren abgeschlossen sein. Der Quartiersrat hat nun die Aufgabe, dass bei allen Projekten, Netzwerken etc. darauf geachtet werden muss, dass sie über diese Zeit hinaus auf eigenen Füßen stehen bzw. selbst handlungsfähig bleiben, sie also »verstetigt« werden. Ob und wie die bisherige Arbeit mit einer Art »QM Light« unterstützt werden soll, wird momentan noch debattiert. Auch ist zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, alle Engagierten in die bestehenden Bürgervereine wie »Aktiv im Kiez« für die weitere Arbeit im Kiez zusammenzubringen.

Diese Entwicklung ist dennoch schade für den Sprengelkiez, da in der Vergangenheit eine Vielzahl von tollen Projekten, vor allem für Kinder und Ältere, im Kiez angeboten werden konnte.

ZUR LAGE DER AUS AFRIKA STAMMENDEN FRAUEN IN DEUTSCHLAND

VON MATTHIAS SPEIDEL

Anlässlich des Internationalen Frauentags fand am 08. März im SprengelHaus eine Podiumsdiskussion über in Deutschland lebende Frauen aus Afrika und ihre Rolle im Integrationsprozess statt.

Veranstalter waren die Vereine Afrokult e.V., CARREF'VIP und INTEGRITUDE e.V. Die beiden Diskutantinnen waren Elizabeth Kabeza, Koordinatorin von Ruanda Connection und Brigitte Moegni, Vorsitzende der »Amicale des Mbamois de Berlin«, Narcisse Djakam von Integritude e.V. übernahm die Moderation.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass einerseits afrikanische Frauen bisher in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden, sich andererseits die ersten Anzeichen für eine Veränderung mehren. Ziel soll es nun sein, das Netzwerk des 8. März (»Reseau du 8mars«) zu gründen.

Darin soll afrikanischen Frauenvereinen eine Plattform geboten werden, um sich auszutauschen und zukünftige Projekte gemeinsam umzusetzen, die Frauen aus Afrika fördern.

NEUES AUS DEN KIEZEN

VON MATTHIAS SPEIDEL

NEUGESTALTUNG ZEPPELINPLATZ

Auch im Brüsseler Kiez tut sich was. Die Planungen für die Neugestaltung des Zeppelinplatzes kommen gut voran. Ein Bürgertreffen fand am 9. April statt, in denen die verschiedenen Ideen diskutiert wurden. Die verschiedenen Gestaltungskonzepte können unter

WWW.MUELLERSTRASSE-AKTIV.DE/VERANSTALTUNGEN-AKTUELLES/

eingesehen werden.

BEWEGUNGSKIOSK

Seit dem 6. April gibt es wieder den mobilen Bewegungskiosk von bwgt e.V. im Sprengelkiez, der abwechselnd im Sprengelpark und auf dem Sparrplatz aufgestellt ist. Den Auftakt machte am 6. April der Sprengelpark. Das kostenlose Bewegungsangebot richtet sich an Eltern mit ihren Kindern.

KIEZBOTE

Nachdem die Förderung für den Kiezboten Ende 2013 nicht mehr verlängert werden konnte, weil die Regelförderungszeit überschritten wurde, wird nun am Konzept für eine neue Kiezzeitung gearbeitet. Dazu soll eine ehrenamtliche Bürgerredaktion aufgebaut werden, die aus BewohnerInnen aus dem Sprengelkiez besteht.

In den kommenden zwei Jahren sollen Qualifizierungsseminare angeboten werden, damit die Redaktion auch nach Ende des QM-Gebietes Sparrplatz die Arbeit für ein Kiezblatt weiterführen kann. Wer mitmachen möchte und/oder an den Angeboten interessiert ist, kann sich gerne an mich wenden.

REGELTERMINE DER 16. ABTEILUNG

**Erster Dienstag im Monat:
MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

**Zweiter Dienstag im Monat:
VORSTANDSSITZUNG**

**Vierter Dienstag im Monat:
STAMMTISCH**

WIR FREUEN UNS AUF DICH!

MÜLLERSTRASSENFEST– LIEBER OFT STATT GUT?

VON JULIAN ZADO

»Das« Müllerstraßenfest gibt es gar nicht. Zuletzt 2013 gab es schließlich zwei unterschiedliche Feste auf der Müllerstraße, die allerdings ein ähnliches »Konzept« haben. Wobei schon fraglich ist, ob das, was dort veranstaltet wurde, als Konzept bezeichnet werden kann. Auch ob der Name »Fest« richtig ist, darf bezweifelt werden. Warum?

Das Müllerstraßenfest bestand zuletzt nur noch aus einer Ansammlung von Buden, die billige Kleidung, Süßigkeiten und Plastikspielzeug zum Kauf anboten. Braucht man dafür ein Fest? Sicher nicht. Angereichert wurde diese traurige Elendigkeit natürlich mit Attraktionen, die normalerweise das Publikum anziehen sollen: Eine Bühne war aufgebaut, allerdings hatte man in weiser Voraussicht nur wenige Bänke für das Publikum aufgestellt. Auch von den wenigen Bänken war nur eine besetzt. Die meisten Leute auf dem Fest gingen nur auf dem Gehweg schnell an den Buden vorbei, schauten betreten und mit Fremdscham im Gesicht nach unten. Sie hatten wohl Mitleid mit der tapferen Band, die vor fünf Leuten spielte.

Offenbar scheint diese Art Fest noch nicht mal gut zu »laufen«, denn viele Bewerbungen für Stände gab es nicht. Die verbliebenen Buden wurden mit weitem Abstand zu einander aufgebaut. So konnte das Fest nach wie vor über den »üblichen« Bereich vom Leopoldplatz bis zum U-Bahnhof Seestraße ausgedehnt werden. Warum macht man so etwas?

Ist es die Tradition? Ist es die Routine? Eher nicht. Denn zwar gibt es schon seit vielen Jahren ein Müllerstraßenfest, aber mit unterschiedlichen Konzepten. Dass dieses Format gewählt wurde, war also keine Selbstverständlichkeit. Es irritiert, dass sich überhaupt Veranstalter für einen solchen Markt finden, auf dem eine eher gespenstische Atmosphäre herrscht.

Die Nachteile sind auf der Hand: Händler beschweren sich wegen der wegbleibenden, die Müllerstraße offenbar meidende Kundschaft. AnwohnerInnen beschweren sich über den Dreck und den Lärm, wie auf dem [weddingweiser-blog \(weddingweiser.wordpress.com\)](http://weddingweiser-blog(weddingweiser.wordpress.com)) berichtet wurde. Ob der Veranstalter Gewinn macht, ist unbekannt – man kann es sich allerdings nicht vorstellen. Auch die Stadtteilvertretung menschl.müller ist gegen das Fest. Ob es weiterhin stattfindet, ist unklar. Sinnvoll wäre es, über Alternativen nachzudenken und das Fest nur dann durchzuführen, wenn es ein wirklich attraktives Konzept gibt.

An vielen Stellen wird direkte Demokratie gefordert. Hier wäre sie sinnvoll. Warum fragt man nicht die AnwohnerInnen, welche Art von Konzept sie sich vorstellen.

Davon profitieren alle: Gerade der Veranstalter müsste ja interessiert daran sein, was sein potentielltes Publikum möchte.

SPD-FRAKTION BVV-MITTE FORDERT: KEINE ABSCHAFFUNG VON ALTGLAS-BEHÄLTERN IN WOHNGEBIETEN IN BERLIN MITTE

MARTINA MATISCHOK

Die »Duales System Deutschland GmbH« – DSD – will in Berlin die wohnortnahe Altglasentsorgung abschaffen und zentrale Sammelstellen um 300 Meter von den Wohnhäusern entfernt aufstellen. In Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf wurde das Vorhaben bereits umgesetzt.

Bislang wird in Berlin nach Weiß- und Buntglas durch Glasbehälter in Wohnanlagen getrennt. Dieses Berliner Modell wurde als Lösung für die damaligen Probleme geschaffen. Die vor 1992 aufgestellten Iglus wurden zugunsten der wohnortnahen Entsorgung entfernt, weil es ständig Ärger mit Scherben und Vermüllung gab. Das ist deutlich zurückgegangen, das Trennverhalten der müllentsorgenden Menschen hat sich verbessert. Durch die Kehrtwende zum alten System soll die schlechte Qualität des Berliner Altglases verbessert werden, welches nach Angaben der DSD durch das Wohnortprinzip zusätzlich durch Hausmüll belastet ist.

Fakt ist, dass die Abholung von Altglas an Sammelstellen für den Entsorger günstiger ist. Argumente, das Berliner Altglas sei durch die bisherige Sammelmethode der Trennung zwischen Bunt- und Weißglas und wegen Hausmüllvermischung unrein und daher minderwertig, sind bisher nicht durch Gutachten belegt. Ein im Abgeordnetenhaus angehört Recycling-Sachverständiger hatte sogar ausgeführt, die schlechte Qualität liege weniger an der Sammelmethode, sondern eher an unsachgemäßem Transport und Umschlag des Glases. Hier muss Nachbesserung erfolgen, nicht hinsichtlich der Sammelmethode.

Es ist zu erwarten, dass sich bei Abschaffung des Holsystems mehr Glas im Hausmüll finden wird. Das

bedeutet mehr Kosten bei der Müllentsorgung und weniger Altglasverarbeitung. Es ist zu befürchten, dass Leergut, wenn nicht im Hausmüll entsorgt, im öffentlichen Raum abgestellt wird, um weite Wege zu vermeiden. Verschmutzungen und Gefährdung durch Glasbruch auf Wegen und Plätzen sind absehbare Folgen. Der Effekt der bequemen Trennung bei der Entsorgung und damit die Erleichterung des bewussten Umgangs mit Ressourcen wird so vernichtet. Das ist mit einer nachhaltigen Umweltpolitik unvereinbar. Auch ältere und behinderte Menschen müssten künftig weitere Strecken zurücklegen, um Altglas entsorgen zu können. Die Umstellung kann damit nicht im Sinne der Inklusion sein.

Wohnungsunternehmen, Umweltschutzorganisationen und Bürgerinnen und Bürger der Stadt sprechen sich für den Erhalt des derzeitigen Systems aus. Sie befürchten einen deutlichen Rückgang der Sammelmenge und daraus resultierend weniger Altglasverwertung als Folge, wenn die Recycling-Firma bei ihrem Vorhaben bleibt.

Wir sind der Auffassung, dass sich das Berliner Modell bewährt hat. Sicherlich kann und sollte nachgebessert werden, aber nicht zu Lasten der Nutzerinnen und Nutzer und nicht zu Lasten der Trennbereitschaft durch höheren Aufwand der Glastrennung im Iglusystem. Wir waren bereits am 23.01.2014 entsprechend in der BVV initiativ. Seit Anfang März kommen auch Reaktionen aus dem Abgeordnetenhaus, wonach SPD und CDU den Senat ersuchen, gegenüber DSD darauf zu drängen, dass die seit Jahrzehnten bewährte und verbraucherfreundliche haushaltsnahe Altglassammlung erhalten und optimiert wird. Wir sind zuversichtlich, dass die Altglasentsorgung in Wohnanlagen erhalten bleibt, verfolgen die Entwicklung aber weiter.



Foto der SPD-Fraktion in der BVV Mitte

GESCHICHTLICHER ABRISS EINES KLEINGARTENVEREINS

VIRCHOW e.V. IM »GRÜNEN DREIECK«

VON MONIKA MÜNZNER

Der Kleingartenverein Virchow befindet sich in der Luxemburger Str. neben dem Kinderbauernhof und dem Abenteuerspielplatz im sogenannten »Grünen Dreieck«.

Die Kolonie hat ihren Namen vom nahen Virchow-Krankenhaus, jetzt Charité Campus Virchow. Bevor die U-Bahn Linie 9 nach dem Mauerbau 1961 gebaut wurde und die Technische Fachhochschule (Beuth) 1972 ein neues Gebäude auf dem Gelände errichtete, bestand die Kolonie aus 166 Parzellen auf 36.736 m².

Heute sind noch 23 Parzellen auf 5.585 m² vorhanden. Vorher war sie die größte Kleingartenkolonie im Bezirk Wedding. Seit dem 22. Juni 1993 ist sie ein eingetragener Verein. 1993 mussten 4 Parzellen von der Luxemburger Str. zur Triftstr. aufgrund eines Neubaus eines Wohnhauses an der Luxemburger Str./Genter Str. umgesiedelt werden. Seitdem ist die Kolonie durchgängig von der Luxemburger Str. bis zur Triftstr. zu begehen.

Nach dem Bau der U-Bahn reichten die Handpumpen auf den Parzellen nicht mehr bis zum Grundwasser, deshalb wurde von der Baugesellschaft auf dem Hauptweg eine Wasserleitung verlegt. Im November 1994 wurde die marode Wasserleitung gegen eine neue und leistungsfähigere ausgetauscht. Gleichzeitig wurden die Parzellen an das Stromnetz angeschlossen. Im Mai wurde der Kolonieweg erneuert und danach mit einer Beleuchtung versehen.

Am 24. September 2000 wurde zwischen der Kolonie Virchow e.V. und der Charité, Campus Virchow, unter der Leitung des Ärztlichen Direktors, Herrn Prof. Köttgen, eine Patenschaft beschlossen.

Am 15. Juni 2002 wurde auf einer bei der Umsetzung der Parzellen übriggebliebenen Fläche unter Mitwirkung der Vereinsmitglieder ein Festplatz mit Vereinshaus errichtet.

DU BIST JUNG UND MÖCHTEST DICH POLITISCH ENGAGIEREN?

Dann komm zu den Jusos!

Die Jusos sind die Arbeitsgemeinschaft junger Menschen in der SPD. Die Jusos im Bezirk Mitte treffen sich meistens am 1. und 3.

Mittwoch im Monat um gemeinsam zu diskutieren und politische Projekte voranzubringen.

INTERESSE?

Dann melde dich unter info@jusosmitte.de

Infos über uns und unsere Projekte findest du auch auf unserem Blog unter www.jusosmitte.de.

ELEKTROMOBILITÄT IN BERLIN MITTE – PROJEKT »EMOBILITY IN MITTE«

VON MARTINA MATISCHOK

Nachhaltigkeit und Umweltschutz in Verbindung mit dem Bekenntnis zur gesellschaftlichen lokalen und globalen Verantwortung spielen eine große Rolle in Berlin Mitte.

Hier gilt es den Spagat hinzubekommen zwischen der Sicherung von Mobilität und dem Schutz unserer Umwelt. Die energiebringenden Ressourcen verringern sich oder belasten die Natur. Es ist daher wichtig, nachhaltige Mobilität zu entwickeln. Benötigt werden alternative Antriebssysteme. Diese sollen den Mobilitätsbedürfnissen der Gesellschaft gerecht werden und gleichzeitig die Ressourcen schonen und die Umweltbelastungen reduzieren.

Erreicht werden kann dies im Rahmen des 2009 eingeführten »Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität« u. a. durch die Förderung wirtschaftsdienlicher Maßnahmen – WDM – im Sinne der Entwicklung von Elektromobilität und der Markteinführung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen in Deutschland.

Innovative und nachhaltige Mobilität – Elektromobilität – tangiert viele Bereiche, u. a. den Individualverkehr privater Haushalte, den Firmenverkehr von Unternehmen, elektrischen Güterverkehr und Elektrolastenräder.

Es wird auf die Speicherung und den Einsatz regenerativer Energien gesetzt.

Die Elektromobilität verfolgt drei Ziele:

1. Sie soll die Lebensqualität verbessern.
2. Sie soll die Wirtschaft nachhaltig stärken, Arbeitsplätze schaffen und sichern.
3. Sie soll die Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen stärken und international fördern und vermarkten.

Zur Förderung der Elektromobilität, insbesondere des Elektroautos in Deutschland hat die Bundesregierung das Förderprojekt »Schaufenster Elektromobilität« ausgeschrieben. 23 Bewerbungen gingen ein, vier Regionen wurden ausgewählt, die Massentauglichkeit von Elektroautos bis Mitte 2015 in einzelnen Projekten zu fördern. Berlin / Brandenburg bekamen den Zuschlag mit der WDM »Internationales Schaufenster der Elektromobilität«.

Ein Projekt hat die Wirtschaftsförderung Berlin Mitte als Auftraggeber mit initiiert. Es handelt sich dabei um das Projekt »eMobility in Mitte«, welches im Rahmen des Förderprogramms WDM eingerichtet wurde und eine



Foto der SPD-Fraktion in der BVV Mitte

BERICHT ZUM ANTRAG »ABSCHAFFUNG DER KIRCHEN- STEUER«

VON NIKOLAUS KILIAN

Laufzeit bis August 2015 hat. Kooperationspartner, die dieses Projekt gemeinsam umsetzen, sind die Wirtschaftsförderung Berlin Mitte, S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, STATTwerke Consult GmbH und Jürgen Allesch (Experte für Energie-, Verkehrstechnik und Elektromobilität, Geschäftsführer des Unternehmens »eM-Pro Elektromobilität GmbH«, Berlin).

Das WDM-Projekt dient dem Vorhaben:

- Gesellschaften müssen mobil sein
- Umwelt muss für nachfolgende Generationen erhalten bleiben.

Projektauftrag:

- Entwicklung eines Leitbilds zur Elektromobilität für den Bezirk Mitte
- Mitwirkung bei Planungsverfahren zur Sicherstellung der Entwicklung einer Infrastruktur im Sinne von Elektromobilität
- Einbindung von Unternehmen
- Darstellung des Projekts und verschiedener Angebote der Elektromobilität im Bezirk Mitte.

Der Bezirk Mitte ist dabei, zur Zielerreichung einen bedeutenden Beitrag zu leisten. Die SPD-Fraktion der BVV-Mitte unterstützt dieses Vorhaben.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung im Februar hat Lennart Brandt aus unserer Abteilung den Wunsch vorgebracht, einen Antrag zum Thema „Abschaffung der Kirchensteuer“ zu stellen, den er auch schon vorbereitet hatte. Nach einiger Rücksprache und kleinen formalen Veränderungen stand der Antrag bei unserer nächsten Sitzung auf der Tagesordnung und wurde ausgiebig diskutiert.

Am Ende stand eine Mehrheit von acht zu drei Stimmen bei wenigen Enthaltungen für folgenden Antrag:

„Die KDV möge beschließen, der LPT möge beschließen: Der Staat soll nicht mehr die Steuern im Auftrag der Kirchen eintreiben.“

Auf der folgenden Kreisdelegiertenversammlung gab es zu unserem Antrag eine hitzige Debatte, ob es durch die Kirchensteuer eine Ungleichheit unter den Religionsgemeinschaften und zwischen Religionsgemeinschaften und anderen Körperschaften gibt oder nicht. Viele Bedenken-träger argumentierten taktisch, ob wir uns mit diesem Antrag nicht unnötigerweise kirchlicher Bündnispartner berauben würden.

Ein Ergebnis in der Sache gab es dann aber nicht, da dem Antrag auf Verschiebung des Kirchensteuerantrages stattgegeben wurde. Wir werden diesen Antrag also auf der nächsten KDV wieder diskutieren.

Zur Vorbereitung auf diese KDV wird es eine Veranstaltung zum Thema geben, wo höchstwahrscheinlich mit den Genossinnen und Genossen der 6. Abteilung und mit Vertreterinnen und Vertretern beider Lager der inhaltlichen Diskussion debattiert werden wird. Anschließend ist das Ziel der 16. Abteilung, den Antrag neu einzubringen und eine gemeinsame Antragsbegründung zu schreiben.

8. MÄRZ – INTERNATIONALER FRAUENTAG WAS BEWEGT FRAUEN IN BERLIN MITTE KOMMUNALPOLITISCH?

VON MARTINA MATISCHOK

Auch im 21. Jahrhundert zu leben bedeutet noch nicht, im Zeitalter der Gleichberechtigung zu leben. Wir kämpfen um unsere gleichberechtigte Teilhabe wie viele Frauen in vergangenen Zeiten vor uns. Seit dem Jahr 1921 wird der internationale Frauentag am 08.03. jährlich weltweit begangen.

Frauen kämpfen an diesem Tag in weltweiter Solidarität um die Anerkennung und Umsetzung ihrer Interessen. Sie kämpfen u. a. um Gleichberechtigung im Beruf, um Berücksichtigung bei Führungspositionen, für gleiche Bezahlung, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

um die gestalterische Entwicklung des Stadtbildes aus Frauensicht, kurz, sie kämpfen um die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe und um die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben. Daneben ist ein besonders wichtiges Kernanliegen, am 08.03. aufzustehen und sich einzusetzen gegen die herrschende körperliche und / oder psychische Gewalt an Frauen.

Aus Anlass des internationalen Frauentages hatte sich die Fraktion der SPD der BVV Mitte entschlossen, an diesem Tag ein Forum der Begegnung und des



Foto der SPD-Fraktion in der BVV

Austauschs zu bieten. Wir zeigten Präsenz am Leopoldplatz, um ins Gespräch zu kommen. Wir wollten wissen, was Frauen im Bezirk Mitte kommunalpolitisch bewegt. Um zu erfahren, wo wir künftig durch BVV Initiativen verstärkt in allen Politikfeldern die Interessen der Frauen berücksichtigt wissen wollen, müssen wir Frauen gezielt ansprechen. Wir wollten durch die direkte Ansprache in

aufsuchender Tätigkeit auch die Frauen mitnehmen, die sonst nicht mit uns in Kontakt treten.

Der 8. März bietet sich als Tag der Kommunikation im Interesse der Frauen an. Wir wollten dazu anzuregen, sich mit der eigenen Rolle in der Gesellschaft auseinanderzusetzen und vor allem zu mobilisieren.

Wir wollten nicht nur aufzeigen, um was wir uns gekümmert haben und aktuell kümmern, sondern dazu anregen, mit uns ins Gespräch zu kommen und sich einzumischen. Das Hinterfragen, Auseinandersetzen und Wahrnehmen der Rolle der Frau und des Erreichten in den letzten hundert Jahren kann ein Ansporn sein, sich für die eigenen Belange aktiv einzusetzen. Dabei reicht schon alleine das Vertreten von Positionen in Gesprächen im Kreise von Freunden, Bekannten, Familie und Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben im Gespräch mit den Frauen, die uns am Leopoldplatz begegneten, eine unerwartet hohe politische Aufmerksamkeit erfahren und entsprechend viele Anregungen erhalten. Aufmerksamkeit erlangten wir mittels einer zweigeteilten Bodenzeitung.

Wir zeigten auf, was uns wichtig ist und wozu wir bereits aktiv wurden. Wir boten Fläche für Anregungen der Passantinnen. Unser Konzept ging auf. Interessiert kamen wir mit vielen Frauen, aber auch Männern, ins Gespräch.

Leider haben sich die Ansinnen seit Jahrzehnten nicht verändert, auch wenn Fortschritte zu verzeichnen sind. Diese reichen bei weitem aber nicht aus. Noch immer ist die Ungleichheit von Frauen und Männern in fast allen Lebensbereichen deutlich zu spüren. Solange hier keine Abhilfe geschaffen wurde, werden wir uns deutlich Gehör verschaffen, um auf die Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Wir werden unsere Forderung aktiv in die Gremien einbringen, wo wir politisch wirken können. Wir werden in nächster Zeit Initiativen zu Themen erarbeiten, zu denen wir kommunalpolitisch im Sinne der Frauen Handlungsempfehlungen an das Bezirksamt Mitte von Berlin aussprechen können.



NEUES AUS DER 16. ABTEILUNG

VON BETTINA SCHULZE

NEUWAHLEN AUF DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG IM FEBRUAR

VORSTAND

Unsere Abteilung hat im Februar neu gewählt. Andreas Wiedermann wurde erneut mit großer Mehrheit zum Abteilungsvorsitzenden gewählt. Auf der Jahreshauptversammlung stellte er in dem Rechenschaftsbericht des Vorstands die Arbeit der 16. Abteilung in den letzten zwei Jahren vor.

Zu den stellvertretenden Vorsitzenden wurden Susanne Fischer, Nike Marquardt und Nikolaus Kilian gewählt, die den Vorstand bereits in den letzten zwei Jahren unterstützen. Unser Abteilungskassierer wurde erneut Matthias Speidel, neue Schriftführerin wurde Bettina Schulze.



Hanno Winter und Uwe Ostendorff sind nicht wieder als Stellvertreter angetreten. Wir bedanken uns sehr für Ihre Arbeit.

Als Beisitzerinnen wurden gewählt (in alphabetischer Reihenfolge): Andrea Achatz, Sarah Delere, Judith Hahn, Sigrid Hinteregger, Martina Matischok, Aline Paßlack und Beate Seitz. Beisitzer (wieder alphabetisch): Lennart Brandt, Johannes Berger, Michael Kuhn, Tobias Kunow, Uwe Ostendorff, Horst Peters, Udo Sack, Daniel Schwanz, Hanno Winter und Julian Zado.

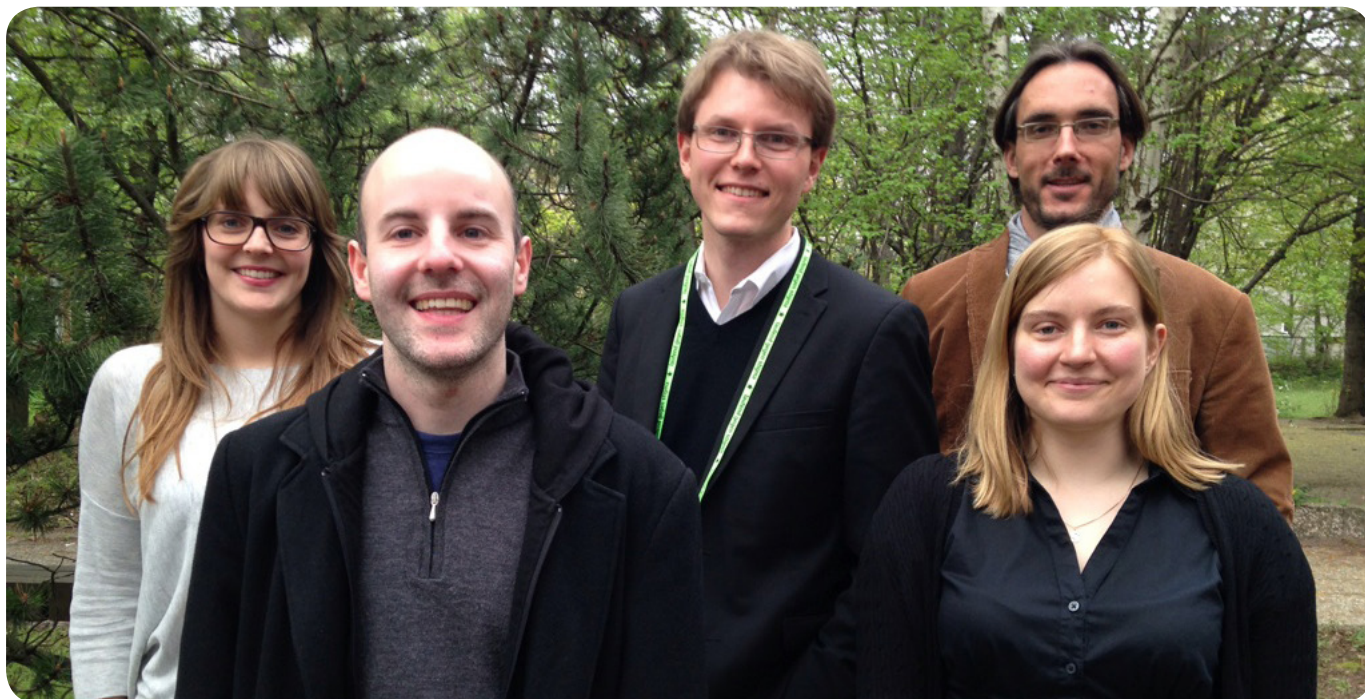
WEITERE ÄMTER

Seniorenbeisitzerin: Barbara Charade | RevisorInnen: Ulrich Böbel, Ulrike Dehmel und Jürgen Schöning | Mitgliederbeauftragte: Nikolaus Kilian, Udo Sack, Nike Marquardt | Internetbeauftragte: Nikolaus Kilian, Bettina Schulze | Wahlkampfbeauftragter: Nikolaus Kilian | Beauftragter für innerparteiliche Bildung: Julian Zado | Delegierte für die Kreisdelegiertenversammlung: Susanne, Fischer, Sigrid Hinteregger, Nike Marquardt, Bettina Schulze, Nikolaus Kilian, Uwe Ostendorff, Matthias Speidel, Andreas Wiedermann und Hanno Winter.

KREISDELEGiertenKONFERENZ DER SPD MITTE IM APRIL

Die 16. Abteilung konnte bei der Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Mitte starke Erfolge einfahren. Andreas wurde als Kreiskassierer in den geschäftsführenden Vorstand des Kreises gewählt. Nike wurde als Abteilungsvertreterin in den Kreisvorstand gewählt. Ebenfalls als Beisitzer im Kreisvorstand vertreten sind nun Julian und Matthias. Jürgen Schöning wird uns wieder in der Schiedskommission vertreten.

Darüber hinaus stellen wir nun mit Andreas, Nike und Matthias drei Delegierte für den Landesparteitag. Julian wurde von der Kreisdelegiertenkonferenz als Beisitzer für den Landesvorstand nominiert.



Unser Antrag zum Thema TTIP wurde beschlossen, unser Antrag zur Abschaffung des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer sehr kontrovers diskutiert und vertagt. Wir werden uns zusammen mit der 6. Abteilung näher mit dem Thema beschäftigen.

DIE TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONS- PARTNERSCHAFT (TTIP)

VON KLAUS SUCHANEK

Parallel zu den Verhandlungen im Rahmen der WTO, in der Fragen der Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt werden, finden weltweit zunehmend bilaterale Verhandlungen über Freihandelszonen statt.

Für den asiatischen Bereich ergibt sich dabei folgendes Bild: Seit März 2010 verhandeln die USA mit 11 asiatischen Staaten die Transpacific Partnership (TPP), wobei die Gruppe zwischenzeitlich durch die Aufnahme von Japan in den Teilnehmerkreis größer geworden ist und weitere asiatische Staaten sich vorbehalten haben, später hinzuzustoßen. Die EU hat ihre 2007 begonnenen Verhandlungen zu einem Regionalabkommen mit 7 ASEAN-Mitgliedern 2009 ausgesetzt und bilaterale Verhandlungen mit Singapur, Malaysia, Vietnam, Thailand, Japan und Indien begonnen.

Gleichzeitig finden seit der Mandatserteilung vom 14. Juni 2013 durch den Rat für Auswärtige Angelegenheiten Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Gegenstand dieser Verhandlungen sind einerseits Zölle und Gebühren sowie Liberalisierungen im Dienstleistungssektor andererseits die nicht-tarifären Handelshemmnisse. Diese umfassen insbesondere Regulierungsaspekte wie Produkt-, Arbeits-, Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltstandards, technische Handelshemmnisse wie Normungs- und Standardisierungssysteme, ferner Investitions- und Zulassungsbeschränkungen sowie sog. globale Regeln wie die Rechte des geistigen Eigentums oder die nachhaltige Entwicklung und den Handel von Energie und Rohstoffen.

Durch die gegenseitige Öffnung vormals geschützter Branchen und Märkte (insbesondere im Dienstleistungsbereich) sollen Kosteneinsparungen und Produktivitätssteigerungen erreicht und damit Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand generiert werden.

Im Rahmen der ersten drei Sondierungsrunden hat sich bereits eine Reihe von divergierenden Positionen ergeben, die im Rahmen der Verhandlungen über die gegenseitig vorzulegenden Angebote zu klären sein werden. Dazu gehören z. B. das Ausmaß der Kooperation in Regulierungsfragen, die Geltung der Vereinbarungen auch auf der bundesstaatlichen Ebene der USA, – insbesondere bei öffentlichen Aufträgen, die Einbeziehung von Finanzdienstleistungen in das Abkommen, das Vorgehen im Normungs- und Standardisierungsbereich angesichts unterschiedlicher Rechtspraktiken, die Fragen des Daten-

verkehrs und die von den USA angestrebte Liberalisierung der audiovisuellen Medien, für die die EU-Seite kein Verhandlungsmandat besitzt, oder die Frage von Positiv-/Negativlisten für Dienstleistungen, bei der die USA für Negativlisten votiert, damit mittel- bis langfristig alle nicht gelisteten Dienstleistungen liberalisiert werden können. Die öffentliche Diskussion über das Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) hat dazu geführt, dass seitens der EU-Kommission die Verhandlungen über den Investitionsschutz vorerst ausgesetzt worden sind und in einer Konsultation der Interessenvertreter bis Juni 2014 die Möglichkeit gegeben ist zu einem Textvorschlag Stellung zu nehmen. Seitens der Mitgliedstaaten wird die Transparenz der Verhandlungen als problematisch bewertet, da die Verhandlungsdokumente, auf Verlangen der USA, nicht zur Verfügung gestellt werden, sondern nur in einem Leseraum in Brüssel zur Einsicht vorliegen.

In der kommenden Runde werden die konkreten Verhandlungen über die Angebote beider Seiten beginnen. Für den EU-USA-Gipfel am 26.3.2014, auf dem das TTIP eines der zentralen Themen werden wird und von dem sich die EU-Kommission ein politisches Bekenntnis zu TTIP erhofft, haben die Mitgliedstaaten nochmals insbesondere darauf bestanden, dass die Transparenz verbessert und der Spielraum für Schutzstandards gewahrt wird.

Angesichts der bereits jetzt deutlich gewordenen Differenzen erscheint es sinnvoll den Fortgang der konkreten Verhandlungen aufmerksam zu beobachten, wobei als Voraussetzung gilt, dass der Inhalt der Beratungen jeweils bekannt wird und nicht erst die Vorlage von abschließenden Ergebnissen erfolgt. Ein Abschluss der Verhandlungen ist bestenfalls Ende nächsten Jahres zu erwarten.

ZURÜCK ZU DEN SCHLAGBÄUMEN IN EUROPA?

VON ALINE PAßLACK

Ganz selbstverständlich überqueren wir heute die europäischen Grenzen, ohne nach unserem Pass gefragt zu werden. Wir besuchen Freunde, kaufen günstig ein, erkunden andere Städte und sind uns eigentlich nicht bewusst, wie sehr das 1985 unterzeichnete Schengen-Abkommen unser aller Leben beeinflusst, indem es unsere Reisefreiheit garantiert.

Arabischer Frühling und wahlkampfaktische Überlegungen

Wie schnell zuvor eingeräumte Freiheiten von überzogenen Sicherheitsbedenken ins Wanken gebracht werden können, zeigt sich anhand der Reaktion Europas auf die Flüchtlingsbewegungen des Arabischen Frühlings. Von einer unkontrollierbaren Flüchtlingswelle und von einer Bedrohung der inneren Sicherheit war die Rede. Der damalige französische Präsident, Nicolas Sarkozy, drohte in seinem Wahlkampf sogar mit dem Austritt Frankreichs aus dem Schengen-Raum. Kurz darauf folgte die dänische Mitte-Rechts-Regierung dem französischen Beispiel und verlor trotz des Mediengetöses die Wahl.

Anstatt eine Lösung zu erarbeiten, die auf Solidarität beruht und sich auf die gerechte Verteilung der Flüchtlinge konzentriert, sollten von nun an auch Grenzkontrollen zur Regulierung von Einwanderung wieder eingeführt werden. Daraufhin entschloss sich das Europäische Parlament (EP) erstmals in der Geschichte der europäischen Gesetzgebung, diesen Alleingang der im Europäischen Rat vertretenen Regierungen zu blockieren. Der fast eineinhalb Jahre später vom EP eingegangene Kompromiss verhindert jedoch nicht die weiterhin bestehende Gefahr, dass in Krisenzeiten kurzfristige politische Überlegungen über die Reisefreiheit gestellt werden.

Eine unzureichende Reform

Schon vor der Gesetzesänderung wurden beispielsweise nach den Terroranschlägen in Madrid und zur Fußballweltmeisterschaft in Deutschland kurzfristig Grenzkontrollen eingeführt. Dass eine willkürlich festgelegte Anzahl von Flüchtlingen als eine Bedrohung der inneren Sicherheit angesehen wird, ist hingegen neu.

Selbst wenn letzteres ausdrücklich nicht als Rechtfertigungsgrund gelten darf, beinhaltet der neue Grenzkodex die Möglichkeit, im Falle anhaltender und ernsthafter Probleme an der europäischen Außengrenze zu den

Schlagbäumen innerhalb der EU zurückzukehren. Zwar wird der Entscheidungsprozess fortan stärker auf europäischer Ebene koordiniert, nichtsdestotrotz entscheiden die Mitgliedsstaaten immer noch darüber, wann ein außergewöhnlicher Umstand, der die innere Sicherheit bedroht, vorliegt oder nicht.

Im Zuge der Reform soll von nun an verstärkt darauf geachtet werden, dass keine illegalen Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen mehr stattfinden. Leider drohen den Regierungen im Falle eines Verstoßes keinerlei Konsequenzen.

Europa ohne Grenzen

Das Herzstück Europas, unsere Reisefreiheit, darf nicht populistischen Angriffen seitens der Regierungen zum Opfer fallen. Die mit der Reform eingeleitete Aufweichung dieser Freiheit ist ein weiterer Schritt zurück zum Nationalstaat und weg von einer gemeinsamen europäischen Vision. Gerade in dem Moment, in dem die EU zum Friedensnobelpreisträger wird, sollten wir deshalb umso mehr darauf bedacht sein, für ein Europa ohne Grenzen einzustehen.

INTERVIEW MIT HORST PETERS

PER STRASSENBAHN DURCH DEN SPRENGELKIEZ

VON NIKE MARQUARDT



Horst Peters, SPD-Mitglied und bald 79 Jahre alt, ist gebürtiger West-Berliner und seit 43 Jahren Bewohner des Sprengelkieses. 39 Jahre lang war er Qualitätsprüfer bei Siemens und ganze 59 Jahre Mitglied der IG Metall. In einem Gespräch erzählt er von der Geschichte des Sprengelkieses, seiner Beziehung zur SPD und dem Leben in einem geteilten Berlin.

Seit wann bist du in der SPD?

Ich komme aus einem SPD-Haushalt und wähle seit meinem 20. Lebensjahr SPD. Trotzdem bin ich erst vor 15 Jahren in die Partei eingetreten. Meine Frau hatte stets Bedenken, weshalb ich mich zurückgehalten hatte. Trotzdem hatte ich nicht zuletzt aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit bei Siemens im Betriebsrat viel mit der Sozialdemokratie und dem örtlichen Ortsverein zu tun.

Hast du in diesen Jahren prominente Sozialdemokraten kennen gelernt?

Ich war bei Ernst Reuters historischer Rede am 9. September 1948 vorm Reichstag dabei, »Ihr Völker der Welt... schaut auf diese Stadt«...Dieses Ereignis hat mich sehr geprägt. Wir haben im Laufe der Jahre alle Berliner Oberbürgermeister zu uns in den Betriebsrat eingeladen. Und es kamen alle – bis auf einer: Willy Brandt. Der hat sich geweigert, trotz mehrmaliger Einladung. 1984 kam sogar Helmut Schmidt zu uns. Ein sehr netter Genosse, der allerdings stets darauf bestand, zu siezen. Das fand ich eher ungewöhnlich.

Du lebst schon sehr lange im Sprengelkiez, was hat sich in den vergangenen Jahrzehnten im Kiez verändert?

Vieles. Wusstest du, dass durch den Sprengelkiez mal eine Straßenbahn fuhr? Bis 1958 fuhr die 35 durch die Trift- und die Tegeler Str. und verband somit Moabit und Gesundbrunnen. Zu der Zeit habe ich zwar noch im Moabit gewohnt, aber meine Frau ist mit dieser Straßenbahn täglich zur Arbeit gefahren. Was ich vor allem erinnere sind die vielen kleinen Läden, die es nun alle nicht mehr gibt. Fleischereien,

Reisebüros, Bäcker, es war alles hier. Viele Gastarbeiter haben damals bei uns gewohnt, auch viele Kollegen von Siemens. Weg gegangen sind wir damals hauptsächlich in Charlottenburg. Naja, in den Ostteil konnten wir ja nicht.

Wo warst du, als die Grenze 1961 endgültig dicht gemacht wurde?

Am 13.08.1961 habe ich mit meiner Frau in unserer Stammbäckerei Kaffee getrunken. Der Cousin des Bäckermeisters war aus Ost-Berlin zu Besuch. Da wir ein Auto dabei hatten, boten wir ihm später an, ihn an die Bernauer Str. zu fahren. Dort war an diesem Tag bereits ein Zaun errichtet worden. Der Cousin des Bäckermeisters ging hinüber auf die Ostseite und winkte uns zu. Wir sahen ihn nicht wieder.

Wie hast du die Teilung erlebt?

Meine Frau und ich hatten viele Verwandte in Berlin. Wir waren oft im Osten zu Besuch. Vor allem haben wir ihnen Geld mitgebracht. Mein Schwiegervater hat die Familie im Osten großzügig unterstützt. Leider konnte pro Person nur 250 Mark pro Monat eingeführt werden. Also sind wir einmal im Monat zu viert rüber, je 250 Mark in der Tasche, und haben drüben nett Kaffee getrunken und sind abends wieder nach Hause. Für unsere Besuche nutzen wir übrigens den Grenzübergang am heutigen Tränenpalast an der Friedrichstraße – unsere Verwandten wohnten zum Glück ganz in der Nähe.

Und den Mauerfall?

Am 9. November 1989 wollte ein Kollege Ausstand feiern. Treffpunkt war der Theodor-Heuss-Platz, von wo aus wir Richtung Norden raus fahren wollten. Als wir dort ankamen, bemerkten wir die Menschenmassen bereits. Wir hatten kurz zuvor bereits im Radio gehört, was passiert war, hätten aber nicht gedacht, dass es so viele Menschen auf die Straße ziehen würde. Mauerfall hin oder her, der Ausstand unseres Kollegen ging vor und so sind wir wie geplant aus der Stadt raus gefahren. Zur Mauer sind wir erst am 10. November gefahren. Gefallen war gefallen.

PRO BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN ALS EMANZIPATORISCHES PROJEKT

VON ANDREAS WIEDERMANN

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist in Gewerkschaften und linken Parteien umstritten. Oftmals scheinen Pro- und Contra-Seite dabei unvereinbare Standpunkte zu vertreten. Die Frage ist, ob das BGE eine emanzipatorische Stoßrichtung hat oder nicht. Bringt es den Menschen unterm Strich mehr Autonomie und Entfaltungsmöglichkeiten oder zementiert es nur ungerechte Zustände, indem es einfach nur jene, die sowieso schon von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen sind, dafür alimentiert, ausgeschlossen zu sein?

Für die Mehrheit der gesellschaftlichen Linken ist Arbeit nach wie vor der wichtigste Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe. Vollbeschäftigung und gute Arbeit sind daher auch die wichtigsten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ziele der Sozialdemokratie. Die Befürchtung der Kritiker des BGE ist, dass das Ziel der Vollbeschäftigung in den Hintergrund treten könnte und der politische Wille, allen Menschen einen Arbeitsplatz zu organisieren, versiegen würde. Strategisch sei es daher zielführender, eine gesellschaftliche Mehrheit für eine solidarische Arbeitswelt mit einer gerechten Lohnverteilung und guten Arbeitsbedingungen zu schaffen, als für das nicht minder aufwändige BGE zu streiten.

Doch was steht auf der Haben-Seite des BGE? Zunächst würde es jeden Einzelnen unabhängiger vom Arbeitsmarkt machen. Je nachdem wie hoch es wäre, würde sich der Druck auf Arbeitslose verringern, jeden noch so schlechten Job aus reiner Existenzangst annehmen zu müssen. Ebenso wären ArbeitnehmerInnen im Niedriglohnsektor in einer besseren Verhandlungsposition gegenüber ihren ArbeitgeberInnen, wenn eine Entlohnung nicht sofort zu existenziellen Risiken für sie führen würde. In erster Linie sollten zwar ArbeiterInnensolidarität und Gewerkschaften dafür sorgen, dass ArbeitnehmerInnen selbstbewusst ihrem Chef gegenüber auftreten können, aber zu diesem Auftreten bedarf es auch der individuellen Freiheit von existenziellen Ängsten.

Auch andere Gruppen würden von einem BGE profitieren und das ganz im sozialdemokratischen Sinne. StudentInnen wären beispielsweise nicht mehr von ihren Eltern, Studentenjobs oder einem Studienkredit angewiesen und könnten sich selbstbestimmt auf ihre Ausbildung konzentrieren. Ebenso wäre es ein sinnvolles Projekt gegen Kinder- und Altersarmut.

Man könnte einwenden, dass nur den Gruppen ein BGE ausgezahlt werden sollte, für die es aus spezifischen Gründen sinnvoll erscheint, in dem man etwa die Sanktionsmechanismen für ALG-II-EmpfängerInnen abschafft oder aus dem Bafög eine elternunabhängige Finanzierung des Studiums ohne Rückzahlungsverpflichtung macht. Dies

wären zwar wichtige und richtige Reformschritte, die Millionen von Menschen in unserem Land die Lebensbedingungen verbessern würden, blendet aber aus, worum es den BefürworterInnen eines BGE im Grunde geht. Sie wollen, dass allen Menschen, einfach weil sie als Menschen existieren, ein Grundeinkommen zusteht, ohne jegliche Bedarfsprüfung. Diese Forderung wird zwar meistens mit dem Fokus auf die enormen Summen diskutiert, die dafür umverteilt werden müssten, zielt aber im Grunde auf das Selbstverständnis unserer Gesellschaft.

Es würde, zugespitzt formuliert, nicht mehr grundsätzlich gelten: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht fressen«. Die Regel wäre, dass die Gesellschaft jedem Menschen einfach ein Grundeinkommen schuldet, egal was sie oder er zum Wohlstand beiträgt oder auch nicht beiträgt. Eine Stigmatisierung der Arbeitslosigkeit beispielsweise könnte es nicht mehr geben, sofern das BGE breite gesellschaftliche Akzeptanz fände. Jeder Einzelne wäre in einem solchen gesellschaftlichen Klima sehr viel freier, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten und wäre in seiner Lebensplanung nicht mehr so stark abhängig von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wie das heute der Fall ist.

Es spricht also viel dafür, dass das BGE auf der individuellen Ebene eine emanzipatorische Wirkung hätte. Der Zwang jede noch so schlechte Arbeit anzunehmen, um existenziellen Risiken oder einer gesellschaftlichen Stigmatisierung zu entgehen, würde sehr viel geringer. Doch auf der politischen Ebene müssten Wege gefunden werden, das BGE nicht zu einer reinen Alimentierung der Arbeitslosigkeit zu machen. Der Sozialstaat müsste in großen Teilen erhalten bleiben und die Politik, zu allererst die Sozialdemokratie, müsste weiterhin der Schaffung guter Arbeitsplätze eine hohe Priorität einräumen.

Das BGE kann nur dann emanzipatorisch wirken, wenn die Menschen mit ihrer gewonnenen Autonomie auch die Chance bekommen, sich in guten Jobs und sinnvollen Tätigkeiten zu entfalten und so gesellschaftlich teilhaben können!

CONTRA BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

GELDREGEN MIT DER GIESSKANNE – DAS »BEDINGUNGSLOSE GRUND- EINKOMMEN« IST UNSOZIAL

VON BETTINA SCHULZE

Das bedingungslose Grundeinkommen als Idee ist schwer in Mode und wird in unterschiedlichsten Modellen diskutiert. Der ehemalige Thüringer CDU-Ministerpräsident Althaus tritt mit seinem »solidarischen Bürgergeld« von etwa 600 Euro beispielsweise für ein solches Modell ein. Die Jungen Liberalen fordern ebenso ein »Bürgergeld« von 700 Euro. Auch die Grüne Jugend tritt für ein Grundeinkommen von etwa 800 Euro ein. Sowohl die Jusos als auch die SPD haben sich bisher diesen Ideen nicht angeschlossen, auch wenn einzelne Juso und SPD Kreisverbände die Idee aktiv diskutieren oder befürworten. Ich persönlich setze mich nicht aktiv für das bedingungslose Grundeinkommen ein. Und das aus guten Gründen:

Für wen der Sozialstaat da ist.

Die Umsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens erfordert Milliardenbeträge im dreistelligen Bereich. Nach dem Modell von Althaus kostet es etwa 800 Milliarden Euro. Eine unglaublich hohe Summe. Zum Vergleich: Die Ausgaben des gesamten Bundeshaushalts belaufen sich derzeit etwa auf etwa 300 Milliarden Euro.

Dieses Geld wird an alle Menschen ausgeschüttet. Egal ob Arm oder Reich. Das halte ich für unsozial. Nach meinem Verständnis ist der Sozialstaat dazu da, Sozialleistungen gezielt an diejenigen abzugeben, die staatlicher Unterstützung bedürfen. Das sind vor allem Menschen mit wenig oder gar keinem Einkommen, kranke Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen oder schlechten sozialen Ausgangsbedingungen. Darüber hinaus ist der Staat natürlich dazu da, Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur, die insbesondere Menschen nutzen, die sich diese nicht privat leisten können. Hierzu zählt zum Beispiel Bildung, Betreuung, Pflege, aber auch eine Bibliothek, ein Schwimmbad oder das Schienennetz.

Für wen das Grundeinkommen ausgegeben wird.

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen werden Milliardenbeträge des Staates nicht denen gegeben, die es wirklich brauchen. Das Geld wird auch nicht in Bildung, Schwimmbäder oder Straßen investiert, sondern im Gießkannenprinzip an alle Menschen ausgeschüttet. Uli Hoeneß erhält in diesem System genauso viel Geld wie die pflegebedürftige Oma in der sanierungsbedürftigen Weddinger Ein-Zimmer-Wohnung. Das widerspricht meinem Verständnis von Sozialstaat.

Wenn wir tatsächlich 800 Milliarden Euro zur Verfügung hätten, dann ist dieses Geld nach meiner Meinung besser in Kindergärten, das Gesundheitssystem oder die öffentliche Infrastruktur angelegt.

Und noch deutlicher: Wenn so hohe Summen in das bedingungslose Grundeinkommen investiert werden, fehlt dem Staat das Geld für die öffentlichen Investitionen. Dann haben zwar alle Menschen ihr Einkommen von 600-800 Euro, stehen aber mit großer Wahrscheinlichkeit vor einer maroden Schule, auf einer kaputten Straße oder vor einer leeren Uni. Was nützt dann die gewonnene Freiheit des bedingungslosen Grundeinkommens?

Und ein weiterer zentraler Punkt spricht gegen ein Grundeinkommen: Es wird die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht beenden. Es wird diejenigen geben, die über einen Beruf gesellschaftliche Anerkennung und vor allem gesellschaftliche Macht haben und sich mit ihrem Gehalt zudem einen hohen Lebensstandard leisten können. Und auf der anderen Seite diejenigen, die nicht am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft teilhaben können und stattdessen mit einem (relativ niedrigen) Grundeinkommen abgespeist werden.

Den Verteilungskampf führen.

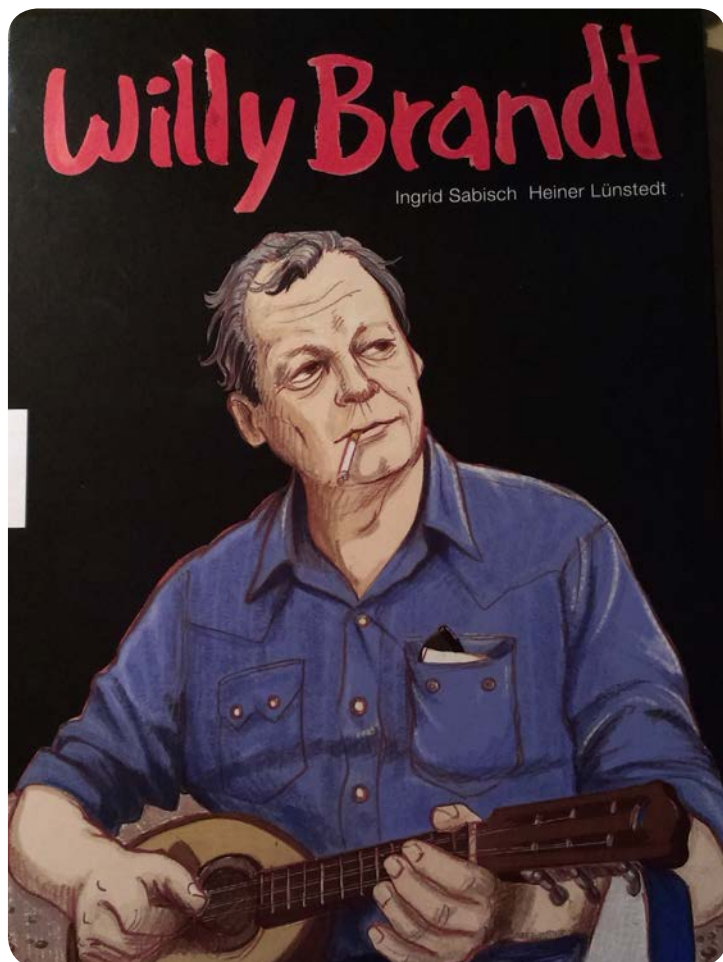
Die Frage ist deshalb: soll sich die progressive Linke für ein Grundeinkommen verkämpfen? In Zeiten in denen der Sozialstaat politisch gegen die Wand gefahren wird, sage ich nein. Ich halte den Kampf für eine wirkliche Umverteilung für zentraler. Ich will höhere Steuern für Unternehmen, Finanzjongleure, Spitzenverdiener, Vermögende und Erben. Ich will ein besseres Rentensicherungsniveau, Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege. Ich will höhere Löhne und die Abschaffung von prekären Arbeitsbedingungen. Ich will, dass die Umverteilung von unten nach oben endlich gestoppt und umgekehrt wird. Hierzu brauchen wir eine breite gesellschaftliche Bewegung. Statt uns deshalb den Kopf über die Höhe eines Grundeinkommens zu zerbrechen, müssen wir darum kämpfen, dass der Sozialstaat nicht dem aktuellen neoliberalen politischen Kurs zum Opfer fällt.

COMIC-REZENSION

»WILLY BRANDT« VON INGRID SABISCH UND HEINER LÜNSTEDT

VON SUSANNE FISCHER

»Willy Brandt war der außergewöhnlichste deutsche Politiker der Nachkriegszeit und seine Person hat bis heute nichts an Strahlkraft verloren. Die Glanzpunkte wie die Schattenseiten, sein turbulentes Privatleben und den Witz seines mutigen Lebens stellen Ingrid Sabisch und Heiner Lünstedt in ihrer Comic-Biographie in ergreifend detaillierten und genau recherchierten Bildern dar.« Das verspricht jedenfalls der Klappentext des biographischen Comics zu Willy Brandt aus dem Hause Knesebeck. Kann er halten, was er verspricht?



Auf 98 Seiten wird das Leben von Willy erzählt, von seiner frühesten Kindheit (und da eher aus dem Blickwinkel seines Großvaters) bis zu seinem Tode am 8. Oktober 1992. Die Nachkriegszeit, für die nach Aussage des Comics Willy Brandt so wichtig war, beginnt allerdings erst mit Seite 42.

Vorher wird Kindheit und Flucht angeschnitten. Danach geht es im Sauseschritt durch die wichtigsten Stationen des politischen Lebens von Willy Brandt. Von der berühmten Berlin-Rede von Kennedy, über Brandts Kniefall von Warschau, seinem Rücktritt und dem Mauerfall ist alles dabei. Auch werden die Frauengeschichten von Brandt kurz angeschnitten.

Die Bilder schaffen es dabei tatsächlich, Zeit und Persönlichkeiten einzufangen und sehr genau wiederzugeben, so dass man die dargestellten Menschen wirklich wiedererkennt – etwas, was nicht jedem Zeichner gelingt. Der Aufbau der Seiten ist dabei sehr klassisch, meist vier Spalten mit Panels. Es ist aber auch dieser klassische Aufbau, der das größte Manko des Comics ist.

Ohne große Raffinesse wird durch die Geschichte einer Person galoppiert, so dass es kaum gelingt, Motivationen oder auch nur die Hintergründe der dargestellten Handlungen zu erahnen. Die Möglichkeiten, die das Medium Comic bietet werden noch nicht mal Ansatzweise genutzt.

Auch muss man sich fragen, ob es wirklich sinnvoll war, ein ganzes Leben in unter hundert Seiten zu pressen. Viel interessanter wäre es gewesen, hätten sich Autorin und Zeichner auf die Jugendjahre von Willy Brandt konzentriert (denen sie eh schon viel Platz widmen) und so die Gründe und die Fundamente für sein politisches Handeln zu zeigen.

Oder man hätte sich mehr auf das persönliche Leben von Willy Brandt konzentrieren können und gezeigt, wie aus einem Jungen, der seinen abwesenden Vater verabscheute, ein Frauenheld wurde, der regelmäßig seine Familien im Stich ließ – und ob dies auch etwas mit seiner Karriere zu tun hatte. Auch eine Konzentration auf die politische Laufbahn Brandts nach dem 2. Weltkrieg wäre denkbar gewesen – allerdings hätte man so auch zeigen müssen, wie Brandt seine Jobs bekam, die politischen Kämpfe und privaten Opfer. Die Mischung aus alledem ist leider etwas flach.

So bietet der Comic weniger »House of Cards« und dafür mehr »ZDF History«. Wer aber eine kurze, übersichtliche Biographie von Willy Brandt sucht, dem sei der Comic empfohlen. Zumal der Comic noch zwölf sehr interessante Seiten Anhang bietet.

Fazit: Ein leider allzu europäisch-konservativer Comic, der die Möglichkeiten seines Genres nicht nutzt und die Geschichte von Willy Brandt in kurzen Episoden erzählt. Nicht großartig oder ergreifend, aber gut gemacht.

FOTOGRAFISCHE EINDRÜCKE AUS DEM KIEZ



Die Abteilung beim Plakatieren im Europawahlkampf in der Nacht vom 5. auf den 6. April 2014. Unten links die Wahlversammlung der 16. Abteilung vom 4. Februar 2014



DAS POLITISCHE LIED

Los cuatro generales ist ein populäres Lied aus dem spanischen Bürgerkrieg, das auch unter dem Titel Mamita mía oder Coplas por la defensa de Madrid verbreitet ist. Das Lied beschreibt die Widerstände gegen die Putschisten und Generäle Francisco Franco, Emilio Mola, José Sanjurjo und Gonzalo Queipo de Llano und die Einnahme Madrids.

Die deutsche Übersetzung bzw. Variation des Textes unter dem Titel Die Herren Generale stammt von Ernst Busch, der 1937 nach Spanien ging, um sich den Internationalen Brigaden im Kampf gegen die Putschisten anzuschließen. Sie enthält einen Seitenhieb auf die von Hitler entsandte Legion Condor, die Franco unterstützen sollte:

Vier noble Generale
¡ Mamita mia !
hab'n uns verraten.
Und die Faschisten-Staaten
schickten auch prompt Soldaten
mit Bomben und Granaten
¡ Mamita mia !
zu blut'gen Taten.

Madrid, du wunderbare
¡ Mamita mia !
dich wollten sie nehmen
doch deiner treuen Söhne
¡ Mamita mia !
brauchst dich nicht zu schämen.

Und alle deine Tränen
¡ Mamita mia !
die werden wir rächen.
Und die verfluchte Knechtschaft
¡ Mamita mia !
die werden wir brechen.

Marchaos Legionarios!
Marchaos Legionarios!
Marchaos Invasores!
¡ Mamita mia !
a vuestra tierra!
Porque el proletariado
¡ Mamita mia !
ganó la guerra!

IMPRESSUM

Die Propagandistin ist die Mitgliederzeitung der
Abteilung 16 – Grünes Dreieck in Berlin Mitte.

Abgedruckte Artikel spiegeln nicht unbedingt die
Meinung der Abteilung oder der Partei wider.

V.i.S.d.P.:

16. Abteilung Grünes Dreieck SPD Mitte
Andreas Wiedermann, Müllerstraße. 163,
13353 Berlin

Chefredaktion:

Nikolaus Kilian, Bettina Schulze
Kontakt: nikolaus.kilian@gmail.com

Layout und Satz: Nike Marquardt

Redaktion und AutorInnen:

Susanne Fischer, Nike Marquardt, Martina
Matischok, Monika Münzner, Nikolaus Kilian, Aline
Paßlack, Bettina Schulze, Matthias Speidel, Klaus
Suchanek, Andreas Wiedermann, Julian Zado

FEST IM SPRENGELPARK

VON NIKOLAUS KILIAN

Statt eines großen Straßenfests haben wir dieses Jahr in etwas kleinerem Rahmen ein Fest im Sprengelpark veranstaltet. Die Idee für ein Fest, das sich größtenteils auf Kinderaktivitäten und Kaffee und Kuchen beschränkt, kam von Matthias Speidel auf, als wir darüber diskutiert haben, wie wir unseren Wahlkampf für die Europawahl gestalten wollen. Und die Idee erwies sich als eine sehr gute Idee, hatten wir doch viele Besucherinnen und Besucher aus dem Sprengelkiez jeden Alters.

Für die Kinder haben wir Dosenwerfen, Torwandschießen, malen, Kinderschminken und mehr angeboten, für die Eltern gab es neben den Infoständen auch Kaffee und Kuchen.

Wir sind froh, dass alles so gut geklappt hat und auch das Wetter am 10.05. auf unserer Seite war. Herzlichen Dank noch einmal an dieser Stelle an die Kinderfarm für die sehr beliebte Melk-Kuh, an die AWO für das Kinderschminken, an die AG Mig und die ASF Mitte für ihre Infostände auf dem Fest sowie ganz besonders an die Abteilung Schillerpark und die zahlreichen Helferinnen und Helfer aus unserer Abteilung.



